

EVN AG, Postfach 100, 2344 Maria Enzersdorf

E-Control Austria
per E-Mail an: remit@e-control.at

Kontakt Dr. Ilse Böhm / Mag. (FH) Christoph Niederdorfer
Telefon +43 2236 200-12110
Datum Maria Enzersdorf, 30.10.2014

Stellungnahme der EVN AG zum Begutachtungsentwurf der Verordnung des Vorstands der E-Control über die Meldepflichten zur Durchführung der Überwachung des Handels mit Energiegroßhandelsprodukten auf nationaler Ebene (Energiegroßhandelsdaten-Verordnung - EGHD-VO)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Eingangs halten wir fest, dass die mittlerweile vielzähligen gesetzgebenden Initiativen der zuständigen europäischen und nationalstaatlichen Organe, mit dem Ziel das Vertrauen von Verbrauchern und anderen Marktteilnehmern in die Integrität und Transparenz von Energiegroßhandelsmärkten zu stärken, zu begrüßen sind.

Gerade bei einer solchen Vielfalt an Regularien bzw. zu regulierenden Materien muss jedoch dem Anspruch auf effiziente Strukturen im Rahmen ihrer Umsetzung besonders Rechnung getragen werden, um eine unverhältnismäßige Belastung der Systemkosten zu vermeiden.

Das dieser Anspruch auch im Sinne der gesetzgebenden Organe ist, spiegelt sich im Erwägungsgrund Nr. 19 der VO (EU) Nr. 1227/2011 wider: „[...] Die Meldepflichten sollten auf ein Mindestmaß beschränkt werden und dürfen nicht zu unnötigen Kosten und unnötigem Verwaltungsaufwand für die Marktteilnehmer führen. Die einheitlichen Vorschriften über die zu meldenden Informationen sollten daher einer vorherigen Kosten-Nutzen-Analyse unterzogen werden, sollten doppelte Meldungen verhindern und sollten die in anderen einschlägigen Vorschriften festgelegten Rahmen für die Meldepflicht berücksichtigen. Außerdem sollten nach Möglichkeit die angeforderten Informationen ganz oder teilweise von anderen Personen und mithilfe bestehender Quellen erfasst werden. [...]“

Wenn also der Grundsatz „So viel als notwendig, aber so wenig wie möglich“ als Maxime zur Anwendung gelangen soll, hat der vorliegende Begutachtungsentwurf der EGHD-VO in seiner aktuellen Form das Ziel verfehlt und stellt vielmehr einen eklatanten Widerspruch dazu dar.

Im Übrigen mutet es seltsam an, dass trotz der Fülle an marktsensiblen Daten, die in Erfüllung der Meldepflichten generiert werden sollen, im Verordnungstext keinerlei Bestimmungen zum Schutz der Daten Eingang gefunden haben.

Wir plädieren daher dafür, die europäische Durchführungsverordnung abzuwarten, um eine harmonisierte Datenerhebung nach Art. 8, sowie eine effiziente Marktüberwachung im Sinne des Art. 7 VO (EU) Nr. 1227/2011 auf europäischer und nationalstaatlicher Ebene sicherzustellen.

Im Detail begründet sich unsere kritische Haltung gegenüber dem Begutachtungsentwurf der EGDH-VO zum aktuellen Zeitpunkt, sowie in der aktuellen Form wie folgt:

zu §1 Abs. 1

Im Vorblatt zur EGDH-VO wird unter dem Punkt Alternativen auf den gesetzlichen Auftrag der E-Control verwiesen, zunächst auf nationaler Ebene eine umfangreiche Verordnung zu erlassen, die dann nach Inkrafttreten der Durchführungsverordnung auf EU-Ebene entsprechend zu reduzieren sein wird. Gemäß den Erläuterungen zu §25a Abs. 2 des Initiativantrags 2323/A XXIV. GP wird dieses Vorgehen sogar dahingehend bekräftigt, dass „[...] *es notwendig sein [wird] unmittelbar nach Inkrafttreten dieser Bestimmungen eine umfangreichere Verordnung zu erlassen [...]*“. Der Beschluss im Nationalrat erfolgte am 03.07.2013. Bis zur Vorlage des Begutachtungsentwurfs der EGDH-VO sind somit aktuell rd. 15 Monate verstrichen. Bezogen auf die Vollwirksamkeit werden es voraussichtlich zumindest 2 Jahre sein.

Weiters wird nachdrücklich darauf hingewiesen, dass sich die Durchführungsverordnung auf europäischer Ebene in der finalen Umsetzungsphase befindet und eine Kundmachung daher aller Voraussicht nach noch vor der EGDH-VO oder zeitgleich zu erwarten ist. Auf Grund der abweichenden Übergangsbestimmungen ist jedoch ein In-Kraft-Treten der beiden Durchführungsverordnungen nicht zeitgleich, sondern in einem engen Zeitraum von maximal 15 Monaten zu erwarten. Für einen derartig kurzen Zeitraum erscheint der Aufwand der Entwicklung eines zweiten, abweichenden Meldesystems unwirtschaftlich.

zu §2 Z. 7 + 8

Die Definitionen des Standard- und Nicht-Standardvertrags in der EGDH-VO weichen grundlegend von den entsprechenden Definitionen in den letzten Entwürfen der europäischen Durchführungsverordnung ab. Diese abweichenden Definitionen führen unweigerlich dazu, dass ein und dasselbe Energiegroßhandelsprodukt unter den unterschiedlichen Regimen anders zu qualifizieren und damit auch verschieden zu melden (national als Nicht-Standardvertrag und auf europäischer Ebene als Standardvertrag) sein wird. Dies bedeutet aber ein erhöhtes Risiko von fehlerhaften Meldungen und nicht zuletzt auf Grund der unklaren Definitionen einen Wettbewerbsnachteil für den österreichischen Markt, da europäische Vertragspartner bei unklaren Rahmenbedingungen einem Vertragsabschluss mit einem anderen europäischen Vertragspartner ohne abweichende nationale Regelung den Vorzug geben werden.

zu §4 Abs. 8

Die Bestimmung der EGDH-VO betreffend das Backloading führt dazu, dass Abweichungen in den gemeldeten Datensätzen zwischen den Systemen von E-Control und ACER generiert werden, solange die nationalen Bestimmungen nicht mit der europäischen Durchführungsverordnung harmonisiert sind. Ein Konzept, wie im Nachhinein die Integration dieser Daten erfolgen soll, ist unklar.

Aus vorangeführten Gründen führt die EGDH-VO daher tendenziell dazu, dass Ineffizienzen in Form von Doppelmeldungen und in der Folge zumindest zwei (E-Control und ACER) nicht integrierbare Parallelsystemen geschaffen werden, die eine abwicklungstechnische Mehrbelastung aller österreichischen Marktteilnehmer nach sich ziehen.

Eine mögliche Erklärung, dass mit der EGDH-VO eine Meldestruktur geschaffen werden soll (analog einer Modellregion), um ACER eine österreichische Lösung präsentieren zu können, ist unbefriedigend, da diese „Österreichische Lösung“ auf Kosten der österreichischen Marktteilnehmer erfolgt. Überdies ist das Risiko unvermeidlich, dass ACER zukünftig doch ein eigenes, nicht mit der österreichischen Lösung kompatibles, System aufbauen wird.

Um Nachteile für den Wirtschaftsstandort Österreich hintanzuhalten wäre es daher dringend angeraten, das In-Kraft-Treten der europäischen Durchführungsverordnung abzuwarten, Art und Umfang sowie Beginn der Meldeverpflichtung zu harmonisieren.

zu §2 Z. 1 lit. a

Die Bestimmung des §2 Abs. 1 lit. a des Verordnungsentwurfes ist in ihrer Formulierung „[...] *insoweit ihre Tätigkeit Auswirkungen auf den österreichischen Energiegroßhandelsmarkt hat*, [...]“ zur Klassifizierung von Verträgen und Derivaten im Sinne von Art. 2 Abs. 4 der Verordnung (EU) Nr. 1227/2011 nicht gesetzmäßig, weil mit unbestimmten Gesetzesbegriffen, ausgeführt. Eine weite Auslegung könnte zu dem Schluss führen, dass zwei Unternehmen ohne Sitz in Österreich, die außerbörslich ein Day Ahead Handelsgeschäft über die Lieferung von Strom in der deutschen Regelzone Amprion abschließen, damit unter die Anwendbarkeit der EGDH-VO fallen könnten. Dies kann aber keinesfalls dem Willen des Gesetzgebers entsprechen.

zu §4 Abs. 3

Dies gilt auch für organisierte Märkte, an denen Energiegroßhandelsprodukte mit Lieferung z.B. in einer der vier deutschen Regelzonen gehandelt werden können. Organisierte Märkte (z.B. die EEX AG, die EPEX Spot, etc...) wären in Entsprechung des §4 Abs. 3 der EGDH-VO jedoch dazu verpflichtet, auch diese standardisierten Verträge an die E-Control zu melden.

Sollten organisierte Marktplätze ihrer freiwilligen Meldeverpflichtung nicht nachkommen, erhält E-Control keinen Zugriff auf die entsprechenden Daten.

zu §4 Abs. 4

In dieser Bestimmung wird die Meldung von standardisierten Verträgen bis spätestens 12:00 Uhr des auf den Abschluss folgenden Werktags gefordert. Die europäische Durchführungsverordnung sieht diesbezüglich jedoch 24:00 Uhr als spätesten Zeitpunkt an.

zu §3 Abs. 2a

Die Befreiung der Meldeverpflichtung in der derzeitigen Formulierung bedeutet einen massiven Nachteil für Kleinerzeuger, die sich dafür entscheiden, ihre Leistung ohne Inanspruchnahme von Förderungen gemäß Ökostromgesetz 2012 zu vermarkten. Hier wäre jedenfalls eine adäquate De-minimis-Regelung für die Leistung von Produktionseinheiten vorzusehen.

Zu §2 Z. 1 lit. b

Das Nutzungsrecht von Speichern ist kein Energiegroßhandelsprodukt im Sinne von Art. 2 Abs. 4 der Verordnung (EU) 1227/2011. Unter dem Titel der Überwachung des Handels mit Energiegroßhandelsprodukten gemäß §24 Abs. 1 Z. 4 E-Control Gesetz können entsprechende Daten daher nicht erfasst werden. Für den gesetzlichen Auftrag erscheint vielmehr die Bewirtschaftung dieser Speicherbeteiligungen von Bedeutung, die sich in Verträgen und Derivaten im Sinne von Artikel 2 Abs. 4 der obengenannten Verordnung widerspiegeln.

zu §4 Abs. 7

Die Erhebung von Daten betreffend Fahrpläne und Nominierungen ist ebenfalls nicht vom gesetzlichen Auftrag gedeckt. In Tabelle 5 Ziffer 18 wird ersichtlich, dass es sich hierbei sowohl um Erzeugungs- als auch Handelsfahrpläne handelt. Die EGDH-VO greift somit in an anderer Stelle (z.B. den Marktregeln) definierte Prozesse ein und schafft einen wirtschaftlich unzumutbaren Mehraufwand für Bilanzgruppenkoordinatoren und Regelzonenführer für Strom bzw. Marktgebietsmanager für Gas. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass Redundanzen nicht nur gegenüber der europäischen Durchführungsverordnung, sondern auch gegenüber bestehenden nationalen Vorschriften geschaffen werden.

Mit freundlichen Grüßen

EVN AG

